

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

305

Wien, am 3. Dezember 1937.

## Budgetberatungen im städtischen Haushaltausschuss.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft begann Donnerstagabend unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz und des Vizebürgermeisters Lahr mit der Beratung des Voranschlags der Stadt Wien und der Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938, des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien und der Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1936 sowie des Berichtes des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen.

Der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa leitete die Verhandlungen mit einer Darstellung der einzelnen Posten und Ansätze des Kapitels "Finanzamt" sowie mit einer Besprechung der Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes ein, worauf zugleich mit der Spezialdebatte über dieses Kapitel die Generaldebatte abgeführt wurde, an der sich fast alle Mitglieder des Ausschusses beteiligten.

Frau Rat Dr. Motzko erklärte, dass das Verwaltungsjahr 1936 für die Arbeitsbeschaffung kein besonders günstiges Jahr war, was auch in der Bewegung der Fürsorge zum Ausdruck kommt, obwohl anerkannt werden muss, dass die Stadtverwaltung die allergrössten Anstrengungen gemacht hat, um die Arbeitsbeschaffung vorwärts zu treiben. Als Mitglied der Abgabenberufungskommission kann sie mit Freude feststellen, dass die Arbeiten dieser Kommission jetzt ohne Verzögerung vor sich gehen und auch die alten Rückstände bereits vollkommen aufgearbeitet sind. Die Rednerin spricht sodann zur Mietaufwandsteuer und Fürsorgeabgabe und ersucht hinsichtlich der Mietaufwandsteuer um Aenderung der Bemessungsgrundlage für die im alten Familienbesitz stehenden Objekte in den Randbezirken, die heute mit Rücksicht auf die Höhe der Abgabe nur unter den grössten Opfern selbst benützt und schwer verkauft werden können, ferner hinsichtlich der Fürsorgeabgabe um Entgegenkommen des Abgabenamtes, wenn es sich um Einrichtungen rein fürsorglicher Art handelt.

Rat Ing. Petravic bespricht ausführlich die Bedeutung des öffentlichen Haushaltes für die Wirtschaft. Die Ueberprüfung des Haushaltes der Stadt Wien ergibt klar und deutlich dessen Sauberkeit und Ordnung, wofür dem Bürgermeister wie der gesamten Stadtverwaltung Dank und Anerkennung gebührt. Der Redner untersucht dann die Gebarung der Stadt Wien hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung vom wirtschaftlichen Standpunkte aus und kommt zur Feststellung, dass die Stadt Wien auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung wirklich Hervorragendes und Bedeutendes geleistet hat. Die Stadt Wien hat in den Jahren 1935 und 1936 sowie entsprechend den Ansätzen des Voranschlages für 1937 einschliesslich der Instandhaltungsaufwendungen der städtischen Unternehmungen nicht weniger als 479 Millionen Schilling für die Arbeitsbeschaffung aufgewendet, wobei neben der effektiven Finanzierung die Ueberschüsse der laufenden Gebarung zur Deckung der Arbeitsbeschaffung herangezogen wurden. Dabei muss mit allem Nachdruck festgestellt werden, dass trotz dem enormen Aufwand für die Arbeitsbeschaffung die Verschuldung der Stadt nicht im gleichen Ausmass gestiegen ist. Das Endergebnis dieser Betrachtungen ist, dass die Finanzgebarung der Stadt Wien in jeder Hinsicht der strengsten Beurteilung vollkommen entspricht. Der Redner erörtert sodann im Besonderen die Lage der Wiener Industrie und hebt hervor, dass die Ausnützung deren Kapazität im Grossen und Ganzen noch sehr unbefriedigend ist. Trotz dem unerhört hohen Aufwand der Stadt Wien von 479 Millionen Schilling für die Arbeitsbeschaffung ist die Beschäftigung der Wiener Industrie noch immer

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

bei weitem unzureichend. Die aus diesem Missverhältnis sich ergebenden Probleme bedürfen einer sorgsamten Behandlung in den zuständigen Körperschaften. Der Redner erörtert im Einzelnen die Frage der Rationalisierung, die Ueberstundenleistungen und die der Industrie zugeschriebene Abneigung gegen Neueinstellungen und Heranziehung eines ordentlichen Arbeiterwachses und kommt zu dem Schlusse, dass die Unmöglichkeit der Ausnützung der vollen Kapazität nicht der Wirtschaft zur Last geschrieben werden kann. Die österreichische industrielle Wirtschaft hängt im Wesentlichen vom Export ab, was im Verein mit der verhältnismässig geringen Beteiligung des Binnenmarktes bei der Abnahme von Industrieprodukten die Ursache der nicht ausgenützten Kapazität der Industrie ist. Die Industrie braucht daher wirtschaftsbelebende Arbeitsaufträge, wie solche von der Stadt Wien vorgeworfen werden, die ohne Ueberanspannung und ohne Aufblähung des Finanzapparates sowie ohne übermässige Verschuldung von 1935 bis einschliesslich der Voranschlagsansätze 1938 eine Aufwandswirtschaft im Sinne der Arbeitsbeschaffung in der Höhe von 649 Millionen Schilling aufweist.

Der Redner beschäftigt sich weiter mit der Finanzlage der Stadt Wien und stellt fest, dass die Einnahmen an Steuern und Abgaben von 347 Millionen Schilling im Jahre 1930 auf 192 Millionen Schilling gesunken sind; er hebt hervor, dass mit Rücksicht darauf die Wirtschaft nicht verlangt wird, die Säulen der Finanzen, die Mietaufwandsteuer und die Fürsorgeabgabe fallen zu lassen, wohl aber den Wunsch vorbringt, die Härten der beiden Abgaben im Interesse der Wirtschaft zu mildern. Der Redner bezeichnet als eine besonders drückende Härte der Fürsorgeabgabe die Möglichkeit der Steuerbehörde, die Nachbemessung innerhalb von dreissig Jahren vornehmen zu können. Die Veranlagung der Fürsorgeabgabe ist mitunter derart schwierig, dass es oft nicht möglich ist, sie geordnet einzubekennen. Der Steuerträger kommt in vielen Fällen selbst auf Unrichtigkeiten, doch ist es ihm unmöglich, die Fassung richtigzustellen. Die oberösterreichische Landesregierung hat jetzt die Nachbemessungsfrist auf zwölf Monate beschränkt und Redner ersucht, sich auch in Wien diesem Schritt anzuschliessen. Bei der Besprechung der Hausgroschenabgabe bemängelt Ing. Potravie, dass sie auch für Objekte vorgeschrieben wird, die von der Mietaufwandsteuer befreit sind. Die Hausgroschenabgabe ist eine Zwecksteuer zur Deckung des Polizeiaufwandes und des Wehrbeitrages. Sie hat im Jahre 1936 rund 13'8 Millionen Schilling ergeben, während sie im Voranschlag für 1938 wieder mit dem Erfordernis für den Polizeiaufwand und den Wehrbeitrag mit 12 Millionen Schilling eingestellt ist. Diese Art der Veranschlagung lässt wohl die Anlage von Reserven vermuten. Zum Schlusse dankt der Redner dem Bürgermeister und der Stadtverwaltung für die zielbewusste Führung und für die Opfer, die Wien für die Arbeitsbeschaffung geleistet hat, und ersucht um entgegenkommende Behandlung der Wünsche der Industrie.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein erklärt, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von der öffentlichen Hand entweder durch direkte Arbeitsvergebung oder durch Förderung der Privatwirtschaft geführt werden kann. Letzteres bedeutet Senkung der Steuern und damit der Produktionskosten. Beide Wege kann die öffentliche Hand jedoch nicht gleichzeitig einschlagen und daraus ergibt sich die Frage, welchen Weg die öffentliche Hand nehmen soll. Redner gibt der Meinung Ausdruck, dass die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wohl von optischer Wirkung ist, die Förderung der Privatwirtschaft aber das eine für sich hat, dass zunächst keine Schulden gemacht

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

worden müssen und die Arbeitslosigkeit auf natürlichem Wege bekämpft wird. Nach einem Hinweis auf den Vortrag des Altbundeskanzlers Dr. Ender über die Finanzgebarung des Bundes hebt er hervor, dass die Stadt Wien wirklich wertvolle Steuerermässigungen zu richtiger Zeit und an richtiger Stelle vorgenommen hat. Dr. Ender sieht eine etwas düstere Zukunft vor sich. Wir folgen ihm darin nicht, sondern glauben vielmehr, dass wir uns auch jetzt mit der Frage von Steuerermässigungen beschäftigen können. Redner empfiehlt hier insbesondere Erwägungen hinsichtlich Fürsorgeabgabe, Mietaufwandsteuer und Hausgröschonabgabe.

Rat Ing. Gross spricht sich für das Fallenlassen der Fürsorgeabgabe für Lehrlinge aus und hält die Bodenwertabgabe für verbauten Grund für reformbedürftig. Zum Zwecke der Belobung der Bauwirtschaft wäre es auch notwendig, den Assanierungsfonds und den Hausreparaturfonds höher zu dotieren; die Anliegerbeiträge und Anschlussgebühren vor allem für Ein- und Zweifamilienhäuser sollen ermässigt werden.

Rat Dr. Ing. Hongl schliesst sich den Ausführungen der Frau Rat Dr. Motzko betreffend Ermässigung der Bemessungsgrundlage für parifizierete Objekte an und drückt den Wunsch aus, die Hauseigentümer auf die ihnen auf Grund des Mietaufwandsteuergesetzes erwachsenden Haftungen durch periodische Publikationen aufmerksam zu machen.

Rat Ing. Herrmann gibt seiner besonderen Genugtuung Ausdruck, dass nunmehr die Hochbautätigkeit verstärkt wird und auch die Wünsche der technischen Korporationen, wie Novellierung der Bauordnung, Schaffung der Baukreditbank usw., bei der Stadtverwaltung volls Verständnis gefunden haben.

Rat Effenberger beschäftigt sich zunächst mit der Fürsorgeabgabe und stellt fest, dass die Steuerreform 1934 durch Einführung der Pauschalierung der Fürsorgeabgabe für viele Unternehmungen bedeutende Vorteile gebracht hat. Immerhin aber leiden unter dieser Abgabe insbesondere <sup>jene</sup> Betriebe der Industrie, des Gewerbes und des Handels, die bei der Arbeitsbeschaffung noch nicht zum Zuge gekommen sind. Er regt an, gerade für solche notleidende Betriebe die Pauschalierung der Fürsorgeabgabe einzuführen. Seine weiteren Ausführungen beschäftigen sich eingehend mit der Lehrlingsfrage, wobei er betont, dass die Meisterschaft nicht unwillig ist, aber die heute geltenden Gesetze die Lehrlingshaltung ungemein erschweren. Der Meister wird z. B. heute angehalten, den Lehrling nur für gewisse Arbeiten heranzuziehen, was für die Gesamtausbildung des Lehrlings von grossem Nachteil ist. Der Redner beklagt den allgemeinen Konsumrückgang in Wien und betont in diesem Zusammenhang, dass gegenüber 1934 die Zahl der Wiener beschäftigten Bäckereiarbeiter bis jetzt um 550 zurückgegangen ist. Hiefür ist auch als Ursache das Fehlen der Verzehrungssteuer anzusehen, die die Zufuhr von Fertiggerbäck aus der näheren und weiteren Umgebung Wiens verhindern würde. Der Redner wünscht eine Mehrbeschäftigung des Baugewerbes durch den Hausreparaturfonds und regt an, die ausländischen Wiener Hausbesitzer, die ihre Häuser nicht herrichten lassen wollen, dazu von Amts wegen zu verhalten.

Rat Rechberger beschäftigt sich mit der Fahrradabgabe und verweist darauf, dass das Land Niederösterreich die kürzlich eingeführte Fahrradabgabe mit 5 Schilling festgesetzt hat, obwohl es für ein Strassennetz von 14.000 Kilometer Länge zu sorgen hat. Wien steht mit 6 Schilling an der Spitze und es wäre äusserst wünschenswert, die Höhe der Wiener Fahrradabgabe der der anderen Bundesländer anzugleichen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

Rat Diestler ist der Meinung, dass bei der Lösung der Lehrlingsfrage verschiedene soziale Einrichtungen hemmend wirken. Die Lehrlingsfrage ist für die gesamte Volkswirtschaft von grosser Bedeutung und es ist daher dringendst notwendig, bei den Meistern und Unternehmern die Lust zur Lehrlingshaltung wieder zu wecken. Um dies zu erreichen, müssen aber gewisse Härten der sozialen Gesetzgebung beseitigt werden.

Rat Gräf verlangt, dass bei Arbeitsvergebungen durch die öffentliche Hand nicht das billigste Offert herangezogen werden soll, sondern der Unternehmer, der die Gewähr dafür bietet, dass er die Arbeit ordnungsgemäss ausführt. Zur Lehrlingsfrage erklärt der Redner, dass in erster Linie der Tagesunterricht entfallen muss. Die Lehrzeit beträgt heute drei Jahre, davon gehen aber fast anderthalb Jahre für Schule, Urlaub, Erkrankung und dergl. auf.

Bürgermeister Richard Schmitz nimmt ebenfalls zur Lehrlingsfrage Stellung und erklärt, man müsse den Mut haben, aufzuzeigen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Nicht die sozialen Lasten allein sind es, die sich der Lehrlingshaltung entgegenstellen, es hat auch die Lust nachgelassen, Lehrlinge zu nehmen. Dies zeigt sich auch darin, dass sich die Fälle mehren, in denen für die Aufnahme eines Lehrlings von den Meistern oft sehr hohe Goldbeträge verlangt werden. Das ist eine Tatsache, die man nicht bestreiten kann. Wenn es aber so ist, dass der Mangel an Lehrstellen auf eine psychologische Veränderung zurückzuführen ist, dann wird eines Tages die öffentliche Verwaltung in Ergänzung der Meisterlehrer subsidiäre Vorsorgen treffen müssen. Diese Erkenntnis ist sehr ernst. Jeder von uns wünscht, dass in der Meisterlehre wie in früheren Jahren genügend junge Leute Aufnahme finden, um nicht nur dem Gewerbe, sondern auch der Industrie die notwendige Zahl junger Facharbeiter zu sichern. Leider ist es heute beklagenswerte Tatsache, dass die Facharbeiter zu fehlen beginnen, dass aber leider nur zu viele Jugendliche keine Lehrstelle finden können. Der blosser Hinweis auf gesetzliche Lasten führt am Problem selbst vorbei. Man muss es in seiner Gänze sehen. Der Bürgermeister führte dann aus, dass die niedrigere Veranschlagung einer Steuer für 1938 - gemessen am Erfolg des Jahres 1936 - leider noch lange nicht eine Reserve bedeute. Nicht nur 1936, auch die Erfahrungen von 1937 müssen mitberücksichtigt werden. Ein jeder Voranschlag wäre schlecht erstellt, wenn die bisherigen oft nur auf Zufälligkeiten beruhenden Einnahmen restlos veranschlagt würden. In seinen weiteren Ausführungen erörtert der Bürgermeister die Lage der österreichischen Wirtschaft in ihren Beziehungen zur europäischen und zur Weltwirtschaft.

Senatsrat Dr. Leppa antwortete in seinem <sup>ausführlichen</sup> Schlusswort auf zahlreiche Einzelheiten betreffend Fragen und Bemerkungen während der Debatte. Damit war die Generaldebatte und zugleich Spezialdebatte über das Kapitel "Finanzamt" beendet, dessen Ansätze einstimmig genehmigt wurden.

-----